

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3266/07
von Eija-Riitta Korhola (PPE-DE)
an die Kommission

Betrifft: betrügerische Vermarktung im Handel zwischen den Gewerbetreibenden

Die europäischen Unternehmer zahlen jährlich für mehrere Millionen Euro Rechnungen, die durch betrügerische Vermarktung entstehen. Allein in Finnland sind in den vergangenen Jahren tausende Unternehmen Ziel irreführender Vermarktung geworden. Die Zahlungsverpflichtungen entstehen durch verschiedene fragwürdige Schritte. Einheitlich für Vermarktungsschreiben, die an falsche Rechnungen erinnern, versteckte Bestellbestätigungsformulare und irreführende Televermarktung ist, dass bezogen auf den berechneten Preis unbedeutende Leistungen angeboten werden. Die Geltendmachung der Zahlungsverpflichtungen wird aggressiv geführt. Besonders problematisch sind die betrügerischen Vermarktungswege deshalb, weil sie sich im Grenzbereich des Rechts bewegen. Deshalb ist es oft unwahrscheinlich, dass die zum Ziel gewordenen Gewerbetreibenden eine Berichtigung der fraglichen Zahlungsaufforderungen erreichen. Die Behörden konnten im Allgemeinen nur beschränkt Hilfe leisten. Es besteht jedoch kein Zweifel an der moralischen Verwerflichkeit der betrügerischen Vermarktung. Vermarktungsmethoden, die auf Unehrllichkeit aufbauen, zerstören außerdem das Vertrauen in unser Vertragssystem. Ein störungsfreies Funktionieren des Marktes ist die Lebensgrundlage der Europäischen Union. Deshalb muss gegen schädliche Erscheinungen entschieden vorgegangen werden. Sind der Kommission die für die Gewerbetreibenden durch die betrügerische Vermarktung entstehenden Probleme bekannt? Welche Schritte hat die Kommission eingeleitet, um diese Vermarktungsmethoden zu stoppen?